

Wo Staat UND Justiz versagen, bleibt letztlich nur noch Selbstjustiz

Wenn der Staat für sich allein das Recht auf Strafe beansprucht und Selbstjustiz verbietet, muss er dem öffentlichen Interesse an der Verfolgung von Unrecht nachkommen – mit anderen Worten: Wenn Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht. Damit ich nun weiss, wie Ihr mich fortan zu 'verwalten' gedenkt, bitte ich Sie, das von Ihnen favorisierte Szenario anzukreuzen und mir die unterzeichnete Kopie innert nützlicher Frist wieder zuzustellen:

Szenario 1

Wenn Ihr mir das Recht, nicht wie jedem anderen Menschen, so, wie es die Schöpfungsgesetze (10 Gebote), Völkerrecht, Verfassung, dann erst nachgelagerte Gesetze, wie z.B. das Bundesgesetz v. 20. März 2009, Kommission zur Verhütung von Folter – auch weisser - vorgeben, **weiterhin nicht gewährt**, endet analog dazu auch meine Friedfertigkeit. Das heisst: Ich behalte mir bis zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung angemessene Selbsthilfe- wie auch Notstandsmassnahmen zum Schutz von Leib und Leben, Ehre, Gesundheit und Finanzen, im unausweichlichen Notfall auch Gewalt, ausdrücklich vor.

Ich (wir) stimme(n) zu

Ich (wir) weise(n) dies vehement zurück

Diametral dazu gilt auch - **das von mir persönlich bis dato favorisierte** -

Szenario 2

Wenn Ihr mir die – oben geforderten – Rechte vorbehaltlos, wie jedem anderen Bürger oder Schaffhauser Einwohner gewähren solltet, versichere ich Ihnen, diese unheimliche, mehr als ein Jahrzehnt alte, ungeheure weisse Folter vergessend, in keiner Art und Weise je gegen Jemanden von Euch gewalttätig Remedur zu üben.

Ich (wir) stimme(n) zu

Ich (wir) weise(n) dies vehement zurück

Damit Sie, wie auch ich auf den gleichen Wissenstand sind, bitte ich Sie vorab [Beilage 1](#) mit den für meine Person blockierten Gesetzen zu konsultieren und dann Ihren Juristen – Herr Sattler, glaub ich - **bestätigen zu lassen, dass diese in Schaffhausen gültig waren - und auch gültig bleiben.**

Um sicher zu gehen, dass nicht auch Sie eines Tages auf den Gedanken kommen, mich unter Berufung auf einseitige oder isolierte Negativ-Betrachtung von nur einem, der voneinander abhängigen Szenarien zusätzlich zu kriminalisieren, erwarte ich umgehend folgende Zusage, dass mein Fall

1. Von einem nicht-korrupten und ausserkantonalen Gericht beurteilt **ja** **nein** und
2. Unverzüglich zu einem verfassungsmässigen und menschenrechtskonformen Abschluss gebracht wird. **ja** **nein**

Schaffhausen, Der Unterzeichnete:

- Wird DIESES Formular innert Frist von 10 Tagen nicht mit jeweils „Ja“ oder „Nein“ angekreuzt und nicht unterzeichnet an J.R. zurückgesandt, erwächst es in Rechtskraft. D.h: Der Autor Josef Rutz entscheidet nach Gutdünken und ist hiermit jeglicher Haftung entbunden!
- Dieses Formular wird veröffentlicht werden